



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

HABILITATIONSORDNUNG

Genehmigt am 25.09.2008

A handwritten signature in black ink, which appears to read "András Masát". The signature is written in a cursive style.

Prof. Dr. András Masát
Rektor

I. Allgemeines

§ 1 Die Habilitation

- (1) Die Habilitation ist die Anerkennung einer besonderen Fähigkeit für Forschung und Lehre auf einem der in Absatz 2 bestimmten Fachgebiete.
- (2) Das Habilitationsrecht der Universität erstreckt sich auf folgende Fachgebiete:
- Geschichte
 - Politikwissenschaft
 - Rechtswissenschaft
 - [Wirtschaftswissenschaft]
- (3) Das Habilitationsverfahren wird auf Antrag der Bewerberin bzw. des Bewerbers von der Habilitationskonferenz der sachlich zuständigen Fakultäten durchgeführt:
- | | |
|--------------------------------|--|
| Geschichte | Habilitationskonferenz der Fakultät für Mitteleuropäische Studien |
| Politikwissenschaft | Gemeinsame Habilitationskonferenz der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaft und der Fakultät für Internationalen Beziehungen |
| Rechtswissenschaft | Habilitationskonferenz der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaft |
| <i>Wirtschaftswissenschaft</i> | <i>Habilitationskonferenz der Fakultät für Internationalen Beziehungen</i> |
- (4) Gegenüber der Entscheidungen, die von der Habilitationkonferenz gemäß § 5 (3), § 6 (4), § 6 (5), § 7 (2), § 8 (1), § 9 (3), § 13 (1), § 15 (2) getroffen werden, kann die Bewerberin bzw. der Bewerber binnen 30 Tage beim Doktoren- und Habilitationsrat der Universität schriftlich Widerspruch einlegen, wobei die geltend gemachte Rechtswidrigkeit der Entscheidung zu begründen ist.

§ 2 Voraussetzungen der Habilitation

- (1) Die Zulassung zum Habilitationsverfahren setzt eine Promotion bzw. einen PhD oder einen gleichwertigen akademischen Abschluss im jeweiligen Fachgebiet voraus.
- (2) Weitere Voraussetzungen
- a) nach dem Erwerb der Promotion bzw. des PhD die Absolvierung einer mindestens fünfjährigen wissenschaftlichen Tätigkeit von hohem Rang,
 - b) im in- und ausländischen wissenschaftlichen Leben anerkannte Leistungen, die durch eine angemessene Anzahl von Publikationen dokumentiert worden sind,
 - c) wissenschaftliche Vortragstätigkeit im Inland und Ausland
 - d) die Befähigung zur selbstständigen Forschungsarbeit im eigenen Fachgebiet
 - e) zeitgemäße wissenschaftliche Kenntnisse
 - f) Fähigkeit zur Vermittlung der eigenen Fachkenntnisse in der universitären Lehre u.a. durch Abhaltung interessanter Lehrveranstaltungen und durch die Erstellung von modernen Lehrmaterialien
 - g) Vortragsfähigkeit in mindestens einer Fremdsprache.
- (3) Auf Antrag kann die Habilitationskonferenz die Frist nach Abs. 2 lit. a verkürzen.

§ 3 Habitationsleistungen

Für die Habitation müssen die folgende Leistungen erbracht werden:

1. die schriftliche Habitationsleistung gemäß § 10,
2. die mündliche Habitationsleistung gemäß § 14,
3. eine studiengangsbezogene Lehrveranstaltung zum Nachweis der pädagogisch-didaktischen Eignung gemäß § 9.

II. Habitationsverfahren

§ 4 Habitationskonferenz

- (1) Das Habitationsverfahren wird von der Habitationskonferenz durchgeführt.
- (2) Der Habitationskonferenz gehören als ständige Mitglieder an:
 1. die Professorinnen und Professoren der Fakultät
 2. die habilitierten Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren der Fakultät,
 3. die Privatdozentinnen und Privatdozenten der Fakultät, die an ihr tätig sind.
- (3) Für die Durchführung eines Habitationsverfahrens (§§ 7 ff.) hat die Habitationskonferenz als weitere Mitglieder zu kooptieren:
 1. mindestens jeweils eine Professorin bzw. einen Professor aus jeder anderen Fakultät der Universität
 2. mindestens zwei externe Mitglieder, die als Professorin oder Professor an einer anderen Universität tätig sind.
- (4) Vorsitzende oder Vorsitzender der Habitationskonferenz ist die Dekanin bzw. der Dekan, bei deren (dessen) Verhinderung ein vom Dekan bestimmter Vertreter. Sie bzw. er leitet die Sitzungen und trifft die für die Durchführung der Sitzungen erforderlichen Maßnahmen und Entscheidungen.
- (5) Die Habitationskonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist.
- (6) Für die Anerkennung der Habitationsleistungen gemäß § 3 ist die absolute Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Habitationskonferenz erforderlich; die Beschlussfassung erfolgt in offener Abstimmung. Bei der Beschlussfassung über alle übrigen Angelegenheiten gelten die Bestimmungen der Satzung der Universität entsprechend.
- (7) Über die Sitzung der Habitationskonferenz ist eine Niederschrift anzufertigen.

§ 5 Annahme als Habilitand

(1) Das Habilitationsverfahren wird durch einen schriftlichen Antrag der Bewerberin oder des Bewerbers an die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden der Habilitationskonferenz eingeleitet (Antrag auf Annahme als Habilitand). Im Antrag ist das Fach oder Fachgebiet anzugeben, für das die Bewerberin oder der Bewerber die Lehrbefugnis (Venia legendi) anstrebt. Der Antrag kann sowohl am Anfang der Habilitationsphase mit dem Ziel gestellt werden, ein Fachmentorat gemäß § 6 zu begründen, als auch zeitgleich mit Antrag auf Zulassung zur Habilitationsprüfung (§ 7).

(2) Dem Antrag auf Annahme als Habilitand sind beizufügen

1. ein Exposé des Habilitationsprojektes;
2. einen Vorschlag über eine Mentorin/einen Mentor bzw. ein Fachmentorat;
3. ein mit der Mentorin/dem Mentor bzw. dem Fachmentorat abgestimmtes Memorandum, in dem die wesentlichen Punkte für das Habilitationsverfahren niedergelegt sind;
4. ein Lebenslauf, aus dem der wissenschaftliche Werdegang und die bisherige Lehrtätigkeit ersichtlich sind;
5. ein vollständiges Schriftenverzeichnis der bisherigen Veröffentlichungen;
6. eine Kopie der Promotions- oder PhD-Urkunde;
7. eine Erklärung darüber, ob bereits an anderen Fakultäten der Universität oder anderen wissenschaftlichen Hochschulen ein Habilitationsversuch unternommen wurde oder wird;
8. falls der Antragsteller nicht an der AUB tätig ist – die Erklärung eines Professors oder einer Professorin der AUB, dass er bzw. sie die Durchführung des Verfahrens an der Universität unterstützt.

Einer Einreichung der Unterlagen gemäß Ziffer 1 – 3 bedarf es nicht, wenn der Antragsteller gleichzeitig einen Antrag gemäß § 7 stellt.

(3) Anhand der eingereichten Unterlagen entscheidet die Habilitationskonferenz über die Annahme als Habilitandin bzw. Habilitand. Sie kann den Antragsteller zu einer Anhörung bitten.

(4) Die Annahme ist zu versagen, wenn

1. die Bewerberin bzw. der Bewerber an anderer Stelle einen entsprechenden, noch laufenden Antrag gestellt hat,
2. der Habilitationsantrag unvollständig ist und trotz Aufforderung nicht vervollständigt wird,
3. die Voraussetzungen für die Zulassung gemäß § 2 fehlen,
4. die Bewerberin bzw. der Bewerber bereits zweimal erfolglos einen Habilitationsversuch unternommen hat,
5. der Bewerberin bzw. dem Bewerber ein akademischer Grad entzogen wurde.

- (5) Der Habilitationsantrag kann bis zum Einreichen der schriftlichen Arbeit einmal zurückgenommen werden. Nach einer Ablehnung der schriftlichen Habilitationsleistung durch die Habilitationskonferenz ist eine Zurücknahme des Habilitationsantrages nicht mehr möglich.

§ 6 Fachmentorat

- (1) Mit der Annahme als Habilitandin bzw. Habilitand bestimmt die Habilitationskonferenz die Mentorin / den Mentor bzw. das Fachmentorat. Die Habilitandin bzw. der Habilitand hat ein Vorschlagsrecht. Der Vorschlag begründet keinen Rechtsanspruch.
- (2) Das Fachmentorat besteht aus höchstens 3 Mitgliedern, von denen mehr als die Hälfte Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer gemäß § 4 Abs. 2 Ziffer 1 sein müssen.
- (3) Für die Durchführung und Einhaltung des Memorandums sind die Mentorin / der Mentor bzw. das Fachmentorat sowie die Dekanin bzw. der Dekan zuständig.
- (4) Mit der Annahme der Habilitandin bzw. des Habilitanden beginnt die Habilitationsphase. Nach etwa zwei Jahren findet eine Zwischenevaluation statt, das Ergebnis wird dem Doktoren und Habilitationsrat der Universität mitgeteilt.
- (5) Die Zwischenevaluation wird auf Grundlage eines schriftlichen Berichts der Habilitandin oder des Habilitanden von der Mentorin / dem Mentor bzw. dem Fachmentorat durchgeführt. Die Habilitationskonferenz entscheidet über den Evaluierungsbericht der Mentorin / des Mentors bzw. des Fachmentorates.
- (6) Das Habilitationsverfahren soll spätestens zwei Jahre nach der Beendigung der Zwischenevaluation abgeschlossen sein.

§ 7 Zulassung zur Habilitationsprüfung

- (1) Nach Fertigstellung der Habilitationsschrift kann die Habilitandin bzw. der Habilitand die Zulassung zur Habilitationsprüfung beantragen. Dem Antrag sind beizufügen
1. die schriftliche Habilitationsleistung gemäß § 3 Ziffer 1 in sieben Ausfertigungen
 2. eine Erklärung darüber, dass die schriftliche Habilitationsleistung gemäß Ziffer 1 von der Bewerberin bzw. dem Bewerber selbständig angefertigt worden ist und dass dabei nur die darin angegebenen Hilfsmittel verwendet worden sind
 3. der Nachweis der pädagogisch-didaktischen Eignung gemäß § 9.
- (2) Über die Zulassung zur Habilitationsprüfung entscheidet die Habilitationskonferenz. Das Verfahren soll spätestens ein Jahr nach der Antragstellung gemäß Abs. 1 abgeschlossen sein.
- (3) Wird die Bewerberin oder der Bewerber nicht zugelassen, so ist das Habilitationsverfahren beendet. Die oder der Vorsitzende der Habilitationskonferenz teilt dies der Bewerberin oder dem Bewerber schriftlich mit.

§ 8 Widerruf

- (1) Die Zulassung ist zu widerrufen, wenn im Laufe des Habilitationsverfahrens die Voraussetzung nach § 2 entfällt. Über den Widerruf entscheidet die Habilitationskonferenz.
- (2) Die Zulassung kann widerrufen werden, wenn sich die Bewerberin bzw. der Bewerber einer Täuschung schuldig gemacht hat, insbesondere, wenn gegen die Grundsätze zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis der Universität Heidelberg verstoßen wurde.

§ 9 Nachweis pädagogisch-didaktischer Eignung

- (1) Die bzw. der Vorsitzende der Habilitationskonferenz bestimmt im Benehmen mit der Bewerberin oder dem Bewerber die studiengangbezogene Lehrveranstaltung, die dem Nachweis der pädagogisch-didaktischen Eignung dienen soll. Als Studiengang bezogene Lehrveranstaltung gilt jede Lehrveranstaltung im Sinne des Studienplans des jeweiligen Faches oder Fachgebietes. Ist die Bewerberin oder der Bewerber nicht die Veranstalterin oder der Veranstalter, so muss sie oder er von der Veranstalterin oder dem Veranstalter einen sachlich in sich abgeschlossenen Teil der Veranstaltung übernehmen. In diesem Fall muss der übernommene Teil wenigstens zwei Unterrichtsstunden umfassen.
- (2) Sobald eine Veranstaltung im Sinne von Absatz 1 bestimmt ist, zeigt die oder der Vorsitzende der Habilitationskonferenz dies den Mitgliedern der Habilitationskonferenz schriftlich an. Die Frist zwischen dieser Mitteilung und dem Beginn der Lehrveranstaltung soll nicht kürzer als eine Woche sein.
- (3) Die Habilitationskonferenz beschließt über den Nachweis der pädagogisch-didaktischen Eignung. Wird die studiengangbezogene Lehrveranstaltung nicht als Nachweis der pädagogisch-didaktischen Eignung anerkannt, ist der Bewerberin oder dem Bewerber Gelegenheit zur neuerlichen Abhaltung einer studiengangbezogenen Lehrveranstaltung zu geben. Eine weitere Wiederholung ist unzulässig.
- (4) Die Habilitationskonferenz kann den Nachweis als erbracht ansehen, wenn die Bewerberin oder der Bewerber als wissenschaftliche(r) Assistentin oder Assistent, wissenschaftliche(r) Mitarbeiterin oder Mitarbeiter Lehrbeauftragte oder Lehrbeauftragter in wenigstens zwei Semestern studiengangbezogene Veranstaltungen an der Andrássy Universität im Sinne von Absatz 1 Satz 2 abgehalten hat und jede dieser Veranstaltungen mindestens zwei Semesterwochenstunden umfasst hat.
- (5) Die an der studiengangbezogenen Lehrveranstaltung teilnehmenden studentischen Vertreter in der Fakultätskonferenz sind um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten.

§ 10 Schriftliche Habilitationsleistung

- (1) Die schriftliche Habilitationsleistung besteht aus einer Habilitationsschrift oder herausragenden wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die einer Habilitationsschrift gleichwertig sind. Aus der schriftlichen Habilitationsleistung muss die Eignung der Bewerberin oder des Bewerbers zu der den Professorinnen und Professoren aufgegebenen Forschungstätigkeit hervorgehen.

- (2) Die schriftliche Habilitationsleistung kann als Ganzes oder teilweise bereits veröffentlicht sein. Sie muss in deutscher Sprache abgefasst sein, es sei denn, dass die Habilitationskonferenz im Einzelfall eine andere Sprache zulässt.

§ 11 Begutachtung der schriftlichen Habilitationsleistung

- (1) Die Habilitationskonferenz bestellt aus ihrer Mitte mindestens 2 Gutachterinnen oder Gutachter. Mindestens ein Gutachter muss ein externes Mitglied sein. Darüber hinaus können weitere Gutachterinnen oder Gutachter bestellt werden (aus einer anderen Fakultät oder einer anderen Universität). Diese Gutachter sind am Prüfungsverfahren stimmberechtigt zu beteiligen.
- (2) Die oder der Vorsitzende der Habilitationskonferenz setzt den Gutachterinnen oder Gutachtern eine angemessene Frist für die Vorlage der Gutachten.
- (3) Jede Gutachterin oder jeder Gutachter legt ein schriftliches Gutachten vor, das eine Empfehlung über Annahme oder Ablehnung der schriftlichen Habilitationsleistung und eine Stellungnahme zu dem Fach oder Fachgebiet enthält, für das die Bewerberin oder der Bewerber die Lehrbefugnis anstrebt. Die Habilitationskonferenz kann in Zweifelsfällen zusätzliche Gutachten einholen.

§ 12 Auslage der schriftlichen Habilitationsleistung

- (1) Mindestens zwei Wochen vor der Entscheidung der Habilitationskonferenz über die schriftliche Habilitationsleistung sind die Gutachten den Mitgliedern der Habilitationskonferenz zuzuschicken.
- (2) Die schriftliche Habilitationsleistung kann vom Tage der Einleitung des Habilitationsverfahrens an von den Mitgliedern der Habilitationskonferenz eingesehen und kurzfristig ausgeliehen werden.

§ 13 Entscheidung über die schriftliche Habilitationsleistung

- (1) Die Habilitationskonferenz entscheidet auf der Grundlage der Gutachten über die Anerkennung der schriftlichen Habilitationsleistung.
- (2) Vor der Entscheidung über die Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung ist der Bewerberin oder dem Bewerber auf schriftlichen Antrag Einsicht in die Gutachten zu geben. Empfehlen ein oder mehrere Gutachterinnen oder Gutachter die Ablehnung der Habilitationsleistung, kann die Bewerberin oder der Bewerber verlangen, dass ein weiteres Gutachten eingeholt wird; dem Verlangen muss entsprochen werden. Sie oder er kann eine Gutachterin oder einen Gutachter vorschlagen; ein Rechtsanspruch wird dadurch nicht begründet.
- (3) Wird die schriftliche Habilitationsleistung von der Habilitationskonferenz nicht anerkannt, so ist das Habilitationsverfahren beendet. Dies ist der Bewerberin oder dem Bewerber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 14 Mündliche Habilitationsleistung

- (1) Die mündliche Habilitationsleistung besteht aus einem wissenschaftlichen Vortrag und einer sich daran unmittelbar anschließenden Aussprache. Aus der mündlichen Habilitationsleistung soll die Eignung der Bewerberin oder des Bewerbers zu der den Professorinnen und Professoren aufgegebenen Forschungs- und Lehrtätigkeit hervorgehen.
- (2) Mit dem Beginn der Auslage der schriftlichen Habilitationsleistung gemäß § 12 fordert die oder der Vorsitzende der Habilitationskonferenz die Bewerberin oder den Bewerber schriftlich auf, drei Themen für den wissenschaftlichen Vortrag zu benennen. Diese sollen sich nicht wesentlich überschneiden und nicht aus dem Gebiet der schriftlichen Habilitationsleistung der Bewerberin oder des Bewerbers stammen.
- (3) Hat die Habilitationskonferenz die schriftliche Habilitationsleistung anerkannt, so wählt sie eines der drei von der Bewerberin oder dem Bewerber vorgeschlagenen Themen aus und legt den Termin für den wissenschaftlichen Vortrag und die daran anschließende Aussprache fest. Wird die Auswahl aus diesen Themenvorschlägen abgelehnt, so muss ein neuer Themenvorschlag eingereicht werden.
- (4) Die oder der Vorsitzende der Habilitationskonferenz teilt der Bewerberin oder dem Bewerber das ausgewählte Thema und den Termin für den wissenschaftlichen Vortrag unverzüglich mit. Zwischen der Mitteilung und dem Termin des wissenschaftlichen Vortrags müssen mindestens drei Wochen liegen.
- (5) In dem wissenschaftlichen Vortrag von 30 bis 45 Minuten Dauer und in der anschließenden Aussprache soll die Bewerberin oder der Bewerber nachweisen, dass sie oder er in der Lage ist, einen wissenschaftlichen Sachverhalt in knapper Form darzulegen und zu vertreten.
- (6) Wissenschaftlicher Vortrag und Aussprache finden vor der Habilitationskonferenz und grundsätzlich universitätsöffentlich statt; alle Professorinnen und Professoren der Universität sind berechtigt, sich aktiv an der Aussprache zu beteiligen.

§ 15 Entscheidung über die mündliche Habilitationsleistung

- (1) Nach dem wissenschaftlichen Vortrag und der Aussprache beschließt die Habilitationskonferenz in nichtöffentlicher Sitzung über die Anerkennung der mündlichen Habilitationsleistung.
- (2) Hat die Habilitationskonferenz die mündliche Habilitationsleistung anerkannt, so bestimmt sie im unmittelbaren Anschluss daran das Fach oder Fachgebiet, das den Umfang der Lehrbefugnis der Bewerberin oder des Bewerbers begrenzt. Das Fach oder Fachgebiet wird unter Berücksichtigung der schriftlichen und mündlichen Habilitationsleistung, der sonstigen wissenschaftlichen Arbeiten und der bisher ausgeübten Lehrtätigkeit festgelegt.
- (3) Hat die Habilitationskonferenz die mündliche Habilitationsleistung nicht anerkannt, kann die Bewerberin oder der Bewerber diese nach schriftlichem Antrag innerhalb von 6 Monaten einmal wiederholen. In diesem Fall beginnt das Habilitationsverfahren wieder bei § 14.
- (4) Wird die mündliche Habilitationsleistung zum zweiten Mal nicht anerkannt, ist das Habilitationsverfahren beendet.

§ 16 Vollzug der Habilitation

- (1) Mit der Annahme der schriftlichen und mündlichen Habilitationsleistung durch die Habilitationskonferenz und dem Nachweis der pädagogisch-didaktischen Eignung ist die Habilitation vollzogen. Die oder der Vorsitzende der Habilitationskonferenz teilt der Bewerberin oder dem Bewerber den Vollzug und den Umfang der Lehrbefugnis unmittelbar nach der mündlichen Habilitationsleistung mit. Die Universität verleiht den Titel eines doctor habilitatus (Dr. habil.).
- (2) Die Bewerberin oder der Bewerber erhält über ihre oder seine Habilitation eine Urkunde, in der das Fach oder Fachgebiet bezeichnet ist, für das die Lehrbefähigung festgestellt wurde. Die Urkunde trägt das Datum des Wissenschaftlichen Vortrages. Für die Ausfertigung der Urkunde ist das Dekanat zuständig.

§ 17 Wiederholung der Habilitation

Im Falle der Beendigung des Habilitationsverfahrens aufgrund der Ablehnung der Zulassung gemäß § 7 oder der schriftlichen Habilitationsleistung gemäß § 13 Abs. 3 kann einmal ein neuer Habilitationsantrag gestellt werden. Die abgelehnte schriftliche Habilitationsleistung kann als solche nicht erneut vorgelegt werden.

§ 18 Erlöschen, Ruhen, Widerruf der Habilitation

- (1) Die Lehrbefugnis einer Privatdozentin bzw. eines Privatdozenten erlischt,
 1. durch Bestellung zur Privatdozentin/zum Privatdozenten oder Verleihung einer vergleichbaren Lehrbefugnis an einer anderen Hochschule innerhalb oder außerhalb der Republik Ungarn,
 2. durch schriftlichen Verzicht gegenüber der Rektorin bzw. dem Rektor,
 3. durch Verurteilung in einem ordentlichen Strafverfahren, wenn dieses Urteil bei einer Beamtin/einem Beamten den Verlust der Beamtenrechte zur Folge hätte.
- (2) Die Lehrbefugnis ruht, solange die bzw. der Betroffene als Professorin/Professor bzw. Juniorprofessorin/Juniorprofessor an der Andrassy Universität oder an einer anderen Hochschule mit Habilitationsrecht tätig ist.
- (3) Die Lehrbefugnis kann widerrufen werden,
 1. wenn die bzw. der Betroffene aus Gründen die sie/er zu vertreten hat, zwei Jahre keine Lehrtätigkeit mehr ausgeübt hat,
 2. wenn sie/er eine Handlung begeht, die bei einer Beamtin/einem Beamten eine Disziplinarmaßnahme zur Folge hätte, die nur im förmlichen Disziplinarverfahren verhängt werden kann,
 3. wenn ein Grund vorliegt, der bei einer Beamtin/einem Beamten die Rücknahme der Ernennung zum Beamtin/zum Beamten rechtfertigen würde.
- (4) Das Erlöschen, das Ruhen und der Widerruf sind der oder dem Betreffenden unverzüglich schriftlich mitzuteilen.